



**Deutschland. Aber normal.**

Herrn  
Stadtverordnetenenvorsteher  
Stephan Färber

Im Hause

AfD Fraktion Offenbach  
Berliner Straße 100  
63065 Offenbach am Main  
Tel: 069 / 80 65 35 08  
Fax: 069 / 85 65 35 09  
E-Mail: [afd-fraktion@offenbach.de](mailto:afd-fraktion@offenbach.de)

Offenbach, den 26.02.2024

Anfrage gemäß § 40 der Geschäftsordnung der  
Stadtverordnetenversammlung

### **Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber**

Nach Erkenntnissen der Behörden wird etwa die Hälfte der in bar ausgezahlten Unterstützungsleistungen an Asylbewerber von diesen in ihre Heimatländer oder an Schlepperorganisationen überwiesen. Aus diesem Grund wurde bereits Anfang Dezember 2023 in den thüringischen Landkreisen Greiz und Eichsfeld eine sogenannte „Bezahlkarte“ für Asylbewerber und Geduldete, deren Asylantrag abgelehnt wurde eingeführt, weitere Landkreise sollen folgen. Mit der Karte erhalten die Inhaber nur noch im geringen Umfang Bargeldleistungen, der größte Teil der Unterstützung wird direkt in Sachleistungen angeboten. Vor wenigen Tagen zog Hamburg nach und führte die „SocialCard“ für alle Erwachsenen, die sich in der Erstaufnahme des Stadtstaates befinden, ein. Den genannten Beispielen folgend, steht die bundesweite Einführung einer Bezahlkarte unmittelbar bevor.

Dies vorausgeschickt frage ich den Magistrat:

1. Plant die Stadt Offenbach bei der Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber oder Geduldeter, deren Asylantrag abgelehnt wurde, eine eigene Lösung nach dem Vorbild vieler Landkreise bzw. dem

Land Hamburg oder ist vorgesehen, sich einer bundesweiten Einführung der Bezahlkarte anzuschließen?

2. Ab welchem Zeitpunkt ist mit der Einführung der Bezahlkarte in der Stadt Offenbach zu rechnen?
3. Welche Voraussetzungen sind an die Einführung der Bezahlkarte in der Stadt Offenbach geknüpft?
4. Wie wird die Bezahlkarte aller Voraussicht nach funktionell ausgestaltet?
5. Wie viele Anspruchsberechtigte sind in der Stadt Offenbach dem Personenkreis zuzurechnen, die eine Bezahlkarte erhalten würden?

Anfragesteller: Hans-Joachim Münd, Stadtverordneter